



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung am 10.09.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Henry Körner	Ausschussvorsitzender, CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Axel Sommer	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme bis 16:55 Uhr
Hans-Joachim Berkes	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Patricia Fromme	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:14 Uhr
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Dr. Kreuzfeldt
Maria Gringer	Fraktion Volt/MitBürger
Mario Kerzel	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehr wieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Waseem Aleed	Sachkundiger Einwohner
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Benjamin Müller	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schaper	Sachkundiger Einwohner
Jirka Schuppe	Sachkundiger Einwohner
Benedikt Weiß	Sachkundiger Einwohner
Cornelius Wohlgemuth	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Beate Saubke	Büroleiterin
Dr. Sabine Odparlik	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Andreas Blümner	Leiter Team Innovationsförderung
Martin Krischok	Leiter Abteilung IT und Digitale Verwaltung
Raik Möller	Leiter Team Veranstaltungen
Katrin Flint	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Iris Bereuther	Sachkundige Einwohnerin
Jascha Rihm	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung wurde vom Ausschussvorsitzenden, **Herrn Henry Körner**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 11 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

Herr Körner begrüßte Frau Gringer als neue Stadträtin im Ausschuss, sowie Frau Henke und Herrn Müller als neue sachkundige Einwohner im Ausschuss.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Körner sagte, dass keine Punkte von der Tagesordnung zu nehmen oder draufzusetzen sind.

Er verwies auf folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 6.1

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem

Vorlage: VIII/2025/01163

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor**
- **Behandlung unter TOP 6.1.1**

TOP 6.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parkhausauslastung

Vorlage: VIII/2025/00815

- **Änderung im Beschlussvorschlag**

TOP 6.5

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP/FREIE WÄHLER zur Konzeptionierung und zur Finanzierung des Laternenfestes ab 2026

Vorlage: VIII/2025/01204

- **Antragsteller (FDP) hinzugekommen**

Frau Gringer sagte, den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 6.6 zu vertagen, da man die Beratung zur Beschlussvorlage Vergnügungssteuer im Finanzausschuss September abwarten möchte.

Herr Berkes sagte, den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 vertagen zu wollen, um die Diskussion und Beratung im Hauptausschuss abzuwarten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Körner** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.06.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem
Vorlage: VIII/2025/01163 **vertagt**
 - 6.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion für eine systematische Bezeichnung und Sortierung elektronischer Dokumente im Ratsinformationssystem - Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01163
Vorlage: VIII/2025/01667 **vertagt**
 - 6.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk!“
Vorlage: VIII/2025/01293
 - 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parkhausauslastung
Vorlage: VIII/2025/00815
 - 6.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion Volt / MitBürger zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01073
 - 6.5. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP/FREIE WÄHLER zur Konzeptionierung und zur Finanzierung des Laternenfestes ab 2026
Vorlage: VIII/2025/01204
 - 6.6. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Abschaffung der Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen
Vorlage: VIII/2025/01108 **vertagt**
7. Mitteilungen
 - 7.1. Sachstandsbericht zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der Stadt Halle (Saale)
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.06.2025

11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.06.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.06.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk!“ Vorlage: VIII/2025/01293

Herr Nistripke führte in den Antrag ein.

Herr Körner sagte, dass laut der Handwerkskammer die Auslastung bei den Betrieben hoch ist. Differenziert nach Schulform, betragen die Plätze im Jahr 2024 bei Gymnasien 157 Plätze, Sekundarschulen 208 Plätze, Gesamtschulen 22 Plätze, Gemeinschaftsschulen 28 Plätze und Förderschulen 10 Plätze. Ähnlich verhält es sich im Jahr 2023, wobei in 2024 eine Steigerung zu verzeichnen ist.

Er sagte, dass kommunale Unternehmen ausreichend Zulauf von jungen Menschen haben. Das Programm „Mach ein Ferienpraktikum im Handwerk“ hilft vor allem kleinen mittelständischen Betrieben neue Auszubildende zu finden.

Frau Dr. Odparlik, sagte, dass das Programm gut ist und auch das Ansinnen, dieses bekannter zu machen. Bei den kommunalen Unternehmen indes gibt es eine hohe

Nachfrage an Auszubildenden. Diese brauchen diese Art von Werbung/Unterstützung nicht. Sie sagte, dass das Praktikumsangebot vielmehr hallesche Unternehmen bereichern kann.

Sie bestätigte, dass die Handwerkskammer von einer sehr guten Auslastung berichtet hat und das Programm „Mach ein Praktikum im Handwerk“ durchaus bekannt ist. Sie sagte zu, im Arbeitskreis Praktikumslotsen Werbung für das Programm zu machen.

Herr Nistripke sagte, dass die Möglichkeit des Praktikums vor allem unter jungen Leuten nicht durchweg bekannt ist.

Herr Körner sicherte zu, der HWK den Hinweis zu geben, in Schulen mehr Werbung für das Programm zu machen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Körner** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern sie eine Informationskampagne für Schüler ab 15 Jahre und deren Elternhäuser über das Programm „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk! Und erhöh‘ dein Taschengeld!“ unterstützen kann.

Bestandteil der Informationskampagne sollten insbesondere folgende Punkte sein:

1. Voraussetzungen für ein Praktikum, Ansprechpartner bei der Handwerkskammer, insbesondere der Ausbildungsberater dort, und die Obliegenheiten zur Geltendmachung der Praktikumsprämie sollen informell bekannt gemacht werden.
2. Die Stadtverwaltung wirbt bei den städtischen Unternehmen um aktive Beteiligung und Bereitstellung entsprechender Praktikumsplätze.
3. Im Bildungsbeirat wird durch die Stadtverwaltung für das Programm geworben und um Unterstützung der Informationskampagne ersucht.

**zu 6.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parkhausauslastung
Vorlage: VIII/2025/00815**

Herr Schiedung führte in den Antrag ein. Der Antrag dient der Optimierung der Transparenz hinsichtlich der Auslastung der Parkhäuser. Er sagte, dass der Antrag im Punkt 1 und 2, sowie im Punkt 5 gemeinsam mit der Verwaltung geändert wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass geplant ist, die Parkplatzkapazitäten in der Stadt auszuweiten. Er sagte, dass die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Herr Busch fragte, ob die Parkhausauslastung aktuell ein Problem ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass dies derzeit geprüft wird. Informationen von privaten Parkhausbesitzern liegen der Verwaltung allerdings nicht vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Körner** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. **bei drei Stadtentwicklungsprojekten die Auslastung der Parkhäuser in den entsprechenden Stadtratsvorlagen – wenn nötig anonymisiert – transparent zu machen. Dafür soll die Verwaltung Stadtentwicklungsprojekte auswählen, die einen langfristigen Einfluss auf das Mobilitätsverhalten der Bürger haben (z. B. durch Wegfall von Parkplätzen). Außerdem soll sie ca. ein Jahr nach Abschluss der jeweiligen Stadtentwicklungsprojekte die Auslastung der Parkhäuser und das weitere Mobilitätsverhalten einem aussagekräftigen Vorher-Nachher-Vergleich unterziehen. Die Ergebnisse teilt sie dem Stadtrat mit.**
~~die Auslastung der Parkhäuser in der halleschen Innenstadt in Zusammenarbeit mit den Eigentümern transparent zu machen. Diese Auswertung soll unterteilt in die jeweiligen Parkhäuser und stundengenau nach Wochentagen sowie Kalenderwochen erfolgen. Die Auswertung soll einen Zeitraum von 365 Tagen abdecken, der möglichst kurz zurückliegt.~~
2. **zu prüfen, inwiefern sie in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken die App „Mein HALLE unterwegs“ zur Anzeige der Live-Auslastungsdaten bekannter machen sowie mit Preisinformationen anreichern kann.**
2. **3. zu prüfen, inwiefern sie die Live-Auslastungsdaten gemeinsam mit Preisinformationen online (z. B. über eine Datenschnittstelle, die Google Maps, Parkopedia oder eine eigene Plattform nutzen können) künftig über weitere Kanäle zugänglich machen kann.**
3. **4. zu prüfen, inwiefern Förderprogramme zu Digitalisierung und Smart City für eine Umsetzung der Live-Anzeige im Internet genutzt werden können.**
4. **5. die entsprechenden Ergebnisse dem Stadtrat bis zur Sitzung am 27.08.2025 17.12.2025, falls notwendig im nicht öffentlichen Teil, vorzulegen.**

zu 6.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion Volt / MitBürger zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01073

Frau Gringer zog den Antrag im Namen der Antragsteller zurück und sagte zu, dass das Ansinnen in eine Anregung umgewandelt wird.

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Einführung digitaler Zugangssysteme eines **digitalen, barrierefreien Zugangssystems** für die Sporthallen und Sportplätze **städtischen Sportstätten und Schulturnhallen** in Halle zu erarbeiten. **Dieses System soll ebenso die Nutzungsbeantragung, Vergabe und Abrechnung durch Digitalisierung vereinfachen und flexibler gestalten.** Dabei werden die wirtschaftlichen und technischen Aspekte (**auch durch eine Wirtschaftlichkeitsanalyse**) sowie Erfahrungswerte aus anderen Kommunen berücksichtigt. **Ebenso sollen Aussagen zum Datenschutz, zur Datensicherheit (ISMS) und zur Ausfallsicherheit getroffen werden.** Die Verwaltung legt dem Stadtrat dieses Konzept zur Beratung und Beschlussfassung bis zur Sitzung des Stadtrats am 24.09.2025 vor.

zu 6.5 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP/FREIE WÄHLER zur Konzeptionierung und zur Finanzierung des Laternenfestes ab 2026 Vorlage: VIII/2025/01204

Herr Dr. Lochmann führte in den Antrag ein. Er sagte, dass es zwar die Zusage der Verwaltung gibt, zukünftig Varianten vorzulegen, aber ob diese dem Ansinnen des Antrages entsprechen, ist ungewiss, daher bleibt der Antrag aufrechterhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass das Laternenfest noch keine zwei Wochen her ist. Es gibt bereits erste Überlegungen, wie das Laternenfest weiterhin in einer gewissen Qualität stattfinden kann. Er bat um Verständnis und Zeit, da das Laternenfest aktuell noch ausgewertet wird.

Herr Berkes sagte, dass der Antrag eigentlich obsolet ist, da der Finanzausschuss einen Beschluss zur Vorlage mehrerer Varianten gefasst hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass der Finanzausschuss einen Beschluss zu einer überplanmäßigen Auszahlung für das Laternenfest 2025 gefasst hat.

Herr Dr. Lochmann sagte, dass der Antrag aus der Diskussion im Finanzausschuss entstanden ist und man zukünftig nicht erneut in die Lage versetzt werden möchte, einen Betrag X für das Laternenfest festzusetzen und im Nachgang einen weiteren Beschluss für eine überplanmäßige Auszahlung treffen zu müssen. Er sagte, dass die Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage zum Laternenfest im Oktober einbringen sollte, da es haushaltsrelevant ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass für das Laternenfest ein finanzieller Aufwand in Höhe einer Summe X entsteht. Zusätzlich sind Gelder für eine gewisse Infrastruktur notwendig. Die Frage ist, ob man als Stadt zukünftig selber eine Infrastruktur aufbauen möchte und dadurch den finanziellen Aufwand für die Mietung der Infrastruktur einspart.

Herr Dr. Lochmann sagte, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nachvollziehbar ist, dass noch nicht alle IST-Kosten vorliegen. Es geht vielmehr um ein Konzept, eine Abwägung, welche Flächen es gibt, welche Kosten dafür entstehen, was man sparen würde, wenn dies oder jenes nicht angeboten wird. Der Stadtrat möchte in die Entscheidung zum Laternenfest mit eingebunden werden und entsprechende Varianten vorgelegt bekommen.

Herr Nistripke sprach sich für eine Darstellung mehrerer Varianten aus. Er sagte, dass die finanziellen Kosten des Laternenfestes von Bedeutung sind, damit diese in die

Haushaltsberatungen 2026 mit einfließen können.

Herr Schiedung fragte, ob, sollte dem Antrag zugestimmt werden, die Verwaltung trotzdem eine eigene Beschlussvorlage einbringen wird. Der Zeitraum bis Oktober erscheint ihm zu knapp.

Herr Berkes sagte, dass der Zeitraum Oktober unrealistisch ist, der Umfang des Laternenfestes und dessen Kosten aber im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte zu beraten sind.

Herr Möller sagte, dass bereits die Jahre zuvor die tatsächlichen Kosten im Planansatz des Laternenfestes nicht abbildbar waren und immer eine überplanmäßige Auszahlung von Nöten war. Man geht aktuell von Kosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro aus.

Im Zuge der Auswertung zum Laternenfest macht sich die Verwaltung bereits Gedanken darüber, das Fest in Form und Qualität weiter zu erhalten. Die Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern und von Händlerinnen und Händlern ist sehr gut. Die Verwaltung prüft daher, wo Einsparungen möglich sind, ohne die Qualität des Laternenfestes zu minimieren.

Er sagte, dass vor drei Jahren ein Vergabebeschluss über die Getränkerechte, über die Flächen des Laternenfestes, so wie sie dieses Jahr bespielt wurden, an einen externen dritten Anbieter gegeben wurden. Diese Vergabe läuft erst nach 2026 aus. Daher ist es schwierig, zum jetzigen Zeitpunkt eine Konzeption vorzulegen, die eine andere Flächenbespielung vorsieht. Das gleiche betrifft eine Vergabe zu den Aggregaten für die Stromerzeugung.

Er sagte, dass eine Infrastruktur momentan vor Ort nicht gegeben ist und dafür Kosten anfallen. Die Verwaltung ist bemüht Lösungen zu finden und eine eigene Infrastruktur herzustellen. Somit würden in naher Zukunft diese Kosten entfallen. Der finanzielle Aufwand für die Eigenherstellung amortisiert sind in fünf bis sechs Jahren. Das Fest soll in der bekannten Qualität erhalten bleiben, gleichwohl prüft die Verwaltung Einsparmöglichkeiten und Möglichkeiten, die Infrastruktur selber herzustellen. Die Verwaltung plant, eine Konzeption im November vorzulegen.

Er sagte, dass man zur Thematik mit den Stadtwerken seit gut drei, vier Jahren im Gespräch ist. Damals beliefen sich die Investitionskosten auf 1,2 Millionen Euro für die Herstellung einer Infrastruktur. Mit einer möglichen Breitbandversorgung, einem Wegebau auf diesen Flächen, möchte man neben Toiletten, Abwasser und Wasser eine Infrastruktur legen, damit sie nicht mehr gemietet werden muss. Seit der Corona Pandemie ist die Anmietung von Aggregaten um das 10-fache gestiegen.

Er sagte weiterhin, dass mit einer eigenen Infrastruktur die Flächen anders und öfters bespielt werden könnten. Für Händler sind die derzeit sehr hohen Kosten für Stromaggregate abschreckend.

Herr Körner sagte, dass eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gut wäre.

Herr Schiedung fragte, ob der Stromverteiler der Fontäne für die Versorgung des Laternenfestes mitgenutzt werden könnte.

Herr Möller antwortete, dass dieser nicht ausreichend ist, um Fontäne und Laternenfest gleichzeitig abzudecken.

Herr Dr. Lochmann sagte, dass es misslich ist, wenn man vertraglich noch gebunden ist.

Die Verwaltung könnte aber trotzdem Varianten vorstellen und aufzeigen, durch welche Maßnahmen, welche Einsparungen zu erzielen wären. Am Beispiel Amselgrund könnte die Verwaltung aufzeigen, welche Einsparungen erzielt werden könnten, wenn dieser nicht bespielt wird.

Herr Möller sagte, dass am Amselgrund dieses und vergangenes Jahr keine Infrastruktur geschaffen wurde und kein finanzieller Aufwand für diesen Bereich entstanden ist. Bespielt werden die Bereiche Ziegelwiese, Riveufer und Peißnitz. Den Bereich Riveufer würde die Verwaltung nicht rausnehmen, da die Promenade mit das schönste ist, was geboten wird. Die Bühne auf der Peißnitz gehört der Stadt Halle (Saale) und wird ebenso nicht rausgenommen.

Er sagte weiterhin, dass es hinsichtlich des Sicherheitsaspektes sehr von Vorteil ist, dass die Flächen vorhanden sind und die Besucher sich verteilen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Verwaltung viel Arbeit und Mühe in das Konzept des Laternenfest steckt. Er sagte, dass es das erfolgreichste Laternenfest seit der Wiedervereinigung war. Mit Geld sollte man gut umgehen aber als Stadt Halle (Saale) sollte man überlegen, ob das größte Volksfest einem Sparwahn zum Opfer fallen sollte. Die Hallenserinnen und Hallenser haben ein solches Fest verdient. Mögliche Einsparpotenziale wurden bereits angedeutet. Das Volksfest wird zukünftig Kultur- und Volksfest heißen, weil Kultur ein wichtiger Bestandteil der Stadt Halle (Saale) ist. Er sagte, dass sich Vereine künftig aktiv am Laternenfest beteiligen sollen. Somit werden Kosten gesenkt.

Er wies darauf hin, dass ein jährlicher Anstieg der Inflation und steigende Betriebskosten zu verzeichnen sind. Er sagte weiterhin, dass das Laternenfest eine Wertschöpfung von 7 Millionen Euro für die Stadt Halle (Saale) erbracht hat. Ökonomisch betrachtet verliert Halle (Saale) Einnahmen, sollte weniger investiert werden.

Frau Gringer fragte, ob es sich für die Stadt lohnen würde, Vereine einzubinden. Sie sagte, dass die Stromanschlüsse abgeschlossen sind und für die Inbetriebnahme Kosten in Höhe von 80 Euro anfallen. Bei 200 Ständen ergibt sich ein sehr hoher Betrag, der eingespart werden könnte, indem Gewerbetreibende den Strom selber anschließen.

Herr Möller sagte, ad hoc keine Zahl nennen zu können. Zum diesjährigen Laternenfest haben sich auf der Ziegelwiese 16 Tanzvereine präsentiert, sowie eine Vielzahl an Sportvereinen. All diese nehmen bereits kostenfrei teil.

Herr Kehrwieder sagte, dass der Begriff Sparwahn nicht treffend ist. Der Antrag wirbt lediglich dafür, dass die Verwaltung dem Rat eine Beschlussvorlage mit verschiedenen Varianten zum Laternenfest vorlegt. Das Laternenfest soll weiterhin Bestand haben, es besteht lediglich der Wunsch nach Varianten.

Herr Müller sagte, dass es eine falsche Herangehensweise ist, kulturelle Vereine ehrenamtlich zur Teilnahme am Laternenfest zu verpflichten.

Herr Dr. Lochmann kündigte eine Änderung des Beschlussvorschlages für die Stadtratssitzung September an.

Herr Schiedung stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung, so dass die Vorlage als beratend, ohne abschließendes Votum, gilt. Dem Geschäftsordnungsantrag wurde einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtratsgremien für eine Entscheidung im ~~September~~ **Oktober** 2025 eine Vorlage zur künftigen Ausgestaltung des Laternenfestes mit abgestuften Varianten zu Konzept und Finanzierung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Varianten sollen dabei konkret auch Vorschläge im Hinblick auf eine Verkleinerung des Festgeländes, eine reduzierte Programmgestaltung und ggf. verringerte Infrastrukturkosten beinhalten. Der Haushaltsansatz im Produkt 1.28107 für das Jahr 2026 ergibt sich aus der vom Stadtrat bestätigten Vorzugsvariante.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Sachstandsbericht zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der Stadt Halle (Saale)

Frau Dr. Odparlik sagte, dass der Stadtrat einen Beschluss gefasst hat, wonach die Verwaltung jährlich im September über den Sachstand zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der Stadt Halle (Saale) berichten soll.

Herr Krischok und **Herr Blümner** stellten anhand einer Präsentation den Sachstand der Digitalisierungsstrategie vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage Herr Berkes zum Wirtschaftsförderungskonzept

Herr Berkes fragte, wann eine Evaluierung zum Wirtschaftsförderungskonzept vorgelegt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Körner regte an, hier eine qualifizierte Aussage innerhalb der nächsten 8-10 Wochen zu erhalten.

zu 8.2 Anfrage Frau Ginger zur Informationslage Haushalt

Frau Gringer fragte, warum der Haushaltsplanentwurf 2026, wie verabredet, noch nicht vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass es sich um einen technischen Fehler handelt.

**zu 8.3 Anfrage Herr Nistripke zu fehlenden Übernachtungskapazitäten für
Lehrlinge**

Herr Nistripke sagte, dass in diesem Jahr 60 fehlende Übernachtungskapazitäten für Lehrlinge, die zur überbetrieblichen Lehrunterweisung nach Halle kommen mussten, zu verzeichnen sind. Er fragte, ob dies der Verwaltung bekannt ist.

Frau Dr. Odparlik fragte, ob es sich um Lehrlinge über oder unter 18 Jahre handelt.

Herr Nistripke sagte, sich erkundigen zu wollen, ob diese Information vorliegt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Körner bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Henry Körner
Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
Protokollführerin